



Zurück zu zwei Sitzen – vorwärts mit zwei Frauen

Ergänzend zur bisherigen Regierungsrätin Jacqueline Fehr tritt Nationalrätin Priska Seiler Graf an, für die SP den zweiten Regierungssitz zurückzuerobern, den sie mit dem Parteiaustritt von Mario Fehr verloren hat.



Alle sieben bisherigen Mitglieder der Zürcher Kantonsregierung kandidieren für eine weitere Amtszeit. Dazu bewerben sich weitere elf Kandidierende um einen Regierungsratssitz, die «Mission Rückerobung» der SP wird also nicht leicht.

Mit Priska Seiler Graf hat die Partei aber eine ideale Kandidatin dafür gefunden. Laut der Wahlumfragen von TA-Media und der NZZ von Ende Dezember ist sie die Herausforderin mit den grössten Wahlchancen. Die 54-Jährige sitzt seit 2015 im Nationalrat und ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission und der Geschäftsprüfungskommission. Als profilierte Sicherheitspolitikerin hat sie in den letzten Monaten landesweit eine breite Sichtbarkeit erlangt.

(Fortsetzung auf S.2)

Aus dem Inhalt

	Seite
Wir ergreifen Partei	S. 3
Warum 2023 vieles besser werden könnte	S. 5
Stromproduktion lokal: 👍 oder 👎?	S. 6

Editorial

Neujahr in Effretikon



Es ist der Montag der Montage. Immer noch leicht verkatert von der Silvesterparty fahre ich den Veloweg auf der ehemaligen Gestenrietstrasse zum Bahnhof hinunter. Beim Anblick der kahlen Bäume überkommt mich die Vorfreude auf den Frühling, wenn hier alles blüht und die Familien aus den anliegenden Genossenschaftswohnungen das Dorfzentrum beleben. Beim Bahnhof stelle ich erschrocken fest, dass mein Zug gerade losfährt. Ich kaufe mir also Kaffee und Gipfeli in der kleinen Bäckerei. Halb so wild, der nächste kommt in zehn Minuten. Während ich mir die Hände am Becher wärme, betrachte ich das neue Gemälde auf der grossen Plakatfläche, wo früher für den neuen BMW und die Winterkollektion von H&M geworben wurde. Das Dezember-Gemälde hat mir besser gefallen. Ich schmunzle beim aufkommenden Gedanken, dass ich mich in den nächsten Tagen von den Festtagen erholen muss. In vier Tagen werde ich mich über das Wochenende drei Tage in die Berge zurückziehen. Im Zug lasse ich meine Gedanken durch das vergangene Jahr streifen und stelle erfreut fest, wie viel sich in den letzten Jahrzehnten verändert hat! Wo wären wir heute ohne die schicksalhaften Wahlen 2023, frage ich mich. Wo ohne die «Initiative für eine Zukunft», welche die ökosoziale Transformation eingeläutet hat? Eine hoffnungsvolle Wärme kommt in mir hoch. Utopien müssen nicht Utopien bleiben.

Dario Varenì,
Co-Präsident SP Bezirk Pfäffikon

(Fortsetzung: Zurück zu zwei Sitzen – vorwärts mit zwei Frauen)

Priska Seiler Graf – die Herausforderin mit den höchsten Wahlchancen

Sicherheitspolitik war auch vor ihrer Zeit als Nationalrätin bereits das politische Fachgebiet der ehemaligen Stadträtin von Kloten, wo sie von 2010 bis 2020 das Ressort Sicherheit leitete und Vizestadtpräsidentin war. Durch dieses Amt bringt sie auch die immer wieder geforderte vorgängige Exekutivverfahren mit, ja sie sagt von sich selbst: «Ich bin ein Exekutivtyp. Es gefällt mir, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und Verantwortung zu übernehmen.»

Ihre Erfahrung und ihr Engagement ist jedoch noch viel breiter abgestützt: Für die ausgebildete Sekundarlehrerin B/C ist vor allem auch die Bildungspolitik eine Herzensangelegenheit. Dem Lehrpersonenmangel in der Volksschule will sie entschieden und langfristig entgegentreten, Lehrpersonen in ihrem neuen Berufsauftrag wirksam entlasten und den Beruf so wieder attraktiver machen. Ihren Plan, die Chancengerechtigkeit durch flächendeckende Frühförderung und Schulsozialarbeit sicherzustellen, unterstützen auch die lokalen Schulpflegen, die an der Basis der Volksschule sitzen.

Auch spricht sich Priska Seiler Graf immer wieder dezidiert für die Interessen der «Zürcher Agglo» aus. Im Bezirk Pfäffikon durften wir sie dabei vor gut einem Jahr am Kulturspektakel persönlich kennenlernen: Als das «Co aus der Agglo» des Präsidiums der kantonalen SP stellte sie sich dazu auf dem Podium den Fragen der Kabarettistin Lisa Christ – pragmatisch, pointiert, aber

auch konsensorientiert und immer mit einer Prise Humor.

Jacqueline Fehr – die erfahrene Führungsperson

Sie ergänzt hervorragend unsere Bisherige Jacqueline Fehr, die seit 2015 als Vorsteherin der Direktion der Justiz und des Innern amtiert. «Ich möchte ein Zürich des Miteinanders, der Vielfalt und des Austauschs.» Für diese grundlegenden SP-Werte steht Jacqueline Fehr auch als Regierungsrätin. Und sie setzt auch immer wieder unter Beweis, wie wichtig es ihr ist «mit Verantwortung zu regieren». Dass dies bedeutet, den Mut zu haben, Entscheide zu fällen, aber auch den Mut zu haben, Fehler zu korrigieren. «Es heisst, sich mit sich und seinen blinden Flecken auseinanderzusetzen – und immer wieder zu fragen, ob nicht vielleicht auch das kritische Gegenüber recht hat.»

Dies unterstreicht sie mit einem beeindruckenden Leistungsausweis seit den letzten Wahlen: «Zürich macht vorwärts» – das war ihr Versprechen vor vier Jahren. Und tatsächlich ging es in ihrer Direktion vorwärts: So wurden die Leistungen der Opferhilfe ausgebaut, die Finanzierung der Frauenhäuser gesichert und mehr Ressourcen für die Strafverfolgung ausgehandelt. Die Unterstützung von Schutzbedürftigen jeglicher Art war und ist für Jacqueline Fehr stets ein grosses Anliegen, auch bedingt durch ihre eigene Lebensgeschichte. Dazu zählen auch Geflüchtete. In der Weiterentwicklung der Integrationspolitik ist ein aktuelles Projekt ihrer Direktion die Verbesserung der Unterstützung von traumatisierten Menschen.

Jacqueline Fehr ist alles andere als eine bequeme, ruhige Regierungsrätin. Sie vertritt ihre Ansichten konsequent, kritisiert auch – und scheut den gelegentlich aufkommenden Gegenwind nicht. Immer bleibt sie jedoch im Austausch, hat ein offenes Ohr für die Bürger*innen, was sie auch mit ihrem Blog und ihrer interaktiven Gesprächsreihe zu brennenden Themen unter Beweis stellt.

So gibt sie auf der Gemeindeebene der Bürger*innenteilhabe grosses Gewicht: Ihre Direktion unterstützt bereits jetzt die Städte Uster und Winterthur dabei, neue Formate der Bürger*innenbeteiligung zum Klimaschutz zu erproben. Auch beim Vorhaben, alle wichtigen Texte in die Leichte Sprache zu übertragen, um die Zürcher*innen besser abzuholen, geht die Direktion JI den Gemeinden zur Hand.

Priska Seiler Graf und Jacqueline Fehr bilden die Zürcher SP bestens ab: Sie stehen für städtische und eher agglomerationsbezogene Anliegen, für linke und liberalere Positionen. Eingebunden in das «Progressive Bündnis für einen klimagerechten und sozialen Kanton Zürich» mit dem Bisherigen Martin Neukom (Grüne) und der AL-Kandidatin Anne-Claude Hensch sind sie bereit, den Kanton Zürich so mitzugestalten, wie ihn sich viele Menschen unseres Kantons wünschen.

Barbara Braun

In den nächsten Tagen live zu erleben sind...

Priska Seiler Graf

Dienstag, 17. Januar, 18.00–18.45 Uhr TA-Livedebatte auf tagesanzeiger.ch

Jacqueline Fehr

Montag, 16. Januar, 18.00–18.45 Uhr TA-Livedebatte auf tagesanzeiger.ch
Mittwoch, 18. Januar, 19.30 Uhr Tösstaler Podium, Rest. Tanne, Bauma

IN DER AGENDA ROT ANSTREICHEN!

Sektionsversammlung mit Input-Referat eines Energieberaters zum Thema Stromknappheit.

Montag, 27. Februar, 19 Uhr Pavillon Watt

Wir ergreifen Partei

Zürich ist der einflussreichste und wirtschaftlich stärkste Kanton der Schweiz. Die Entscheide des Kantonsrats sind nicht selten von nationaler Bedeutung. Es braucht Personen mit Engagement und klarer Ausrichtung in diesem Parlament, dessen Beschlüsse einen grösseren Einfluss auf unser Alltagsleben haben, als manche denken. Auf der Liste der SP gibt es keine «Listenfüller» – sie sind alle bereit, diese Aufgabe zu übernehmen. Überzeugt euch selbst!

Was motiviert dich, dich für die Kantonsratsliste der SP zur Verfügung zu stellen?

Was sollte sich in den nächsten vier Jahren im Kanton Zürich verbessern bzw. ändern?

Brigitte Rööfli, Effretikon

Pflegefachfrau und Erwachsenenbildnerin, Co-Präsidentin Patientenstelle ZH
Stadträtin, Kantonsrätin, Co-Präsidentin SP Bezirk Pfäffikon



Es freut mich immer, dass ich auf die Entwicklungen im Kanton Zürich Einfluss nehmen kann. Wir haben in der SP eine offene Diskussionskultur – ich kann mich in der Fraktion einbringen. Ich sehe es als ein Privileg an, dass ich als Kantonsrätin und als Stadträtin meine Energie für die politische Arbeit bündeln kann.

Ich hoffe sehr, dass die «Fortschrittsallianz» (SP, Grüne, AL, EVP und GLP) gestärkt aus den Wahlen hervor geht. Schön wäre es, wenn die GLP nicht nur Umwelt-, sondern auch vermehrt sozialpolitische Themen mit unterstützen würde und wir so gemeinsam den Kanton Zürich stärken könnten.

Marc Grosspietsch, Pfäffikon ZH

IT-Unternehmensberater
Co-Präsident SP Pfäffikon, Mitglied der Sozialbehörde



Meine politische Agenda war immer dem Schutz und der Stärkung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verpflichtet. In der Schweiz gibt es keinen wirklich starken Kündigungsschutz, keine betriebliche Mitbestimmung und im Bereich der Krankenversicherung herrscht das asoziale System der Kopfprämie.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist viel zu lange nicht forciert worden. Das muss sich ändern und wir müssen dafür sorgen, dass diese einheimische Energie in der Schweiz bleibt und nicht für kurzfristige Vorteile gehandelt wird.

Annina Annaheim, Bisikon

Linienpilotin
Mitglied Stadtparlament Illnau-Effretikon, Mitglied Geschäftsprüfungskommission, Fraktionschefin SP ilef



Ich will unsere Zukunft mitgestalten. Wir haben einen grossen Handlungsbedarf. Sei dies in den Bereichen Energieversorgung, Entlohnung oder Wohnungsbau. Der Markt kennt keine Moral und ich will nicht, dass die Gier Einzelner zu Lasten der Allgemeinheit geht. Dafür braucht es die SP.

Die Klimapolitik und mit ihr die Energieversorgung muss aktiv angegangen werden. Wir können uns ein Zaudern und Abseits stehen nicht leisten. Die bestehenden Gesetze zum Mietrecht müssen besser überwacht und angewendet werden. Hier verstossen wir aktuell sogar gegen unsere Bundesverfassung.

Maxim Morskoi, Effretikon

Projektleiter Bauphysik und Energie 3-Plan Haustechnik AG, Vorstandsmitglied Handballclub Grün-Weiss Effretikon und Verein Churzschluss-Bier, Stadtparlamentspräsident, Präsident SP Illnau-Effretikon



Ich möchte versuchen, die Welt ein bisschen besser zu machen, hierfür setze ich mich täglich ein. In der Politik versuche ich, Akzente zu setzen, damit die Umwelt geschont wird, es den Menschen in Gemeinde und Kanton etwas besser geht und wir die Gleichstellung vorantreiben können.

Es braucht eine Infrastrukturoffensive im Kanton Zürich: Die Wirtschaft muss nachhaltig umgebaut und die erneuerbaren Energien müssen gefördert werden. Für eine gerechte Bildung braucht es genügend qualifizierte Lehrpersonen. Nur mit gesellschaftlicher Wertschätzung und Respekt für ihre Arbeit werden unsere Kinder optimal auf ihre Zukunft vorbereitet.

Was motiviert dich, dich für die Kantonsratsliste der SP zur Verfügung zu stellen?

Was sollte sich in den nächsten vier Jahren im Kanton Zürich verbessern bzw. ändern?

Sandro Turcati, Wila

Verkehringenieur Tiefbauamt Kt. ZH, ehemals Präsident IG Tösstallinie
Ehemals Mitglied der Fürsorgebehörde, Gemeinderat bis 2022



Mit meiner Kandidatur möchte ich jenen Menschen im Tösstal eine Stimme geben, die wie ich für Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen eintreten.

Die Belastung des Klimas nimmt zu, auf Kosten künftiger Generationen. Das muss sich ändern! Wir brauchen weniger fossile und mehr erneuerbare Energie, weniger Autoverkehr und mehr öffentlichen Verkehr, Velo- und Fussverkehr. Wir brauchen bezahlbare Wohnungen und höhere Prämienverbilligungen.

Reha Özkarakas, Pfäffikon

Product Manager im Telekommunikationsbereich, Absolvent MAS Wirtschaftsingenieur, Vater von bald 4 kleinen Kindern
Schulpfleger, Vorstandsmitglied SP Pfäffikon



Primär möchte ich das Gute zurückgeben und damit einen positiven Beitrag zur Gesellschaft leisten. Ich engagiere mich für soziale Gerechtigkeit und möchte verhindern, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet.

Ich will nicht verstehen, dass Menschen, die ihr ganzes Leben lang hart gearbeitet haben, im Rentenalter mit finanziellen Sorgen kämpfen. Sie alle haben zu unserem heutigen Wohlstand beigetragen. Daher verdienen sie ein würdevolles und finanziell sorgenfreies Rentnerleben.

Simone Seiler, Weisslingen

Berufsschullehrerin, Grossmutter, Vizepräsidentin historischer Verein
Präsidentin SP Fehraltorf-Russikon-Weisslingen



Für mich sind das aktive politische Mitarbeiten und Mitdenken auf allen Ebenen der politischen Schweiz ein wichtiges Anliegen. Wir müssen die anstehenden Themen gemeinsam angehen, sei es in der Gemeinde, im Kanton, im Bund.

Die Gleichstellung von Frau und Mann ist noch lange nicht erreicht, ebenso die Gleichstellung aller Menschen im Kanton Zürich, sei es in der Immigration, der Bildung, zwischen Behinderten und Nicht-behinderten, bei der finanziellen Sicherheit usw.

Kantonale Wahlen 2023 – Termine

14. Januar	9–12 Uhr	Standaktion	Pfäffikon
18. Januar	19.30 Uhr	Tösstaler Podium	Restaurant Tanne, Bauma
21. Januar	9–12 Uhr	Standaktion	Hittnau
21. und 28. Januar 4. Februar	9–19 Uhr	Telefonaktionen	Stadthaus, Effretikon
21. und 28. Januar 4. Februar	9–12 Uhr	Standaktionen	Effimärt
12. Februar	16 Uhr	Wahlfeier	Villa Barone, Effretikon

Warum 2023 vieles besser werden könnte

Das zurückliegende Jahr 2022 wird als Katastrophenjahr in die Geschichte eingehen. Nachdem der schlimmste Teil der Corona-Pandemie überwunden war, wurden Europa und die Welt mit dem furchterlichen Angriffskrieg gegen die Ukraine und seinen wirtschaftlichen und humanitären Folgen konfrontiert. Von einer «Zeitenwende» sprach der deutsche SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz. Aber was wird 2023 bringen? Niemand weiss es, aber es gibt aus sozialdemokratischer Sicht durchaus Tendenzen, die hoffen lassen.

«Nichts geht, aber... : 2023, das Jahr, das uns retten kann» lautet der Titel des neuesten Buches des französischen Wirtschaftsjournalisten François Lenglet. Darin argumentiert er, dass die Krisen, die wir heute durchleben, nur die Zuckungen einer sterbenden Welt seien. Lenglet ist überzeugt, dass wir einem Modellwechsel beiwohnen, wie er nur ungefähr einmal in jedem Jahrhundert vorkommt. Nach vierzig Jahren Neoliberalismus erleben wir die Rückkehr von Protektionismus und Staat in der Wirtschaft. Die Welt, die gerade sterbe, führe zwar zu schmerzhaften Verwerfungen, habe in den letzten Jahren aber derart viele Fehlfunktionen geschaffen, dass man ihren Untergang nur schwer bedauern könne. «Wir leben», erklärt Lenglet, «in einer Zwischenzeit.» Die Rückkehr des Krieges nach Europa, die Krise von internationalen Institutionen und Diplomatie, der Ausbruch globaler Pandemien, allen voran Covid, die Inflation, die Anfälligkeit des Wachstums, die Rationierung von Strom am Horizont und natürlich die sich verschärfende Klimakrise seien Ausdruck fundamentaler Veränderungen im kapitalistischen Modell, wie es die letzten 40 Jahre Bestand hatte.

Tatsächlich haben die Krisen der letzten Jahre die Politik weltweit massiv verändert. In der Corona-Pandemie nahm die EU zum ersten Mal gemeinsam Schulden im Umfang von 750 Milliarden Franken auf. Damit wurde die Grundlage für ein von den Mitgliedsstaaten unabhängiges Budget geschaffen und die Sozialstaaten wurden solidarisch abgesichert. Konfrontiert mit Lieferkettenschwierigkeiten und der drohenden Gasmangellage legte die EU die Grundlage für eine neue, gemeinsame Industrie- und Energiepolitik, die Europa unabhängiger machen wird. Die USA beschlossen in diesem Jahr, wie zuvor die EU, ein Milliarden-Paket für den Ausbau erneuerbarer Energien und sprachen sich mit



dem «Chips Act» dafür aus, ihre Souveränität in der IT-Industrie massiv zu stärken. Ebenfalls in diesem Jahr wurde die OECD-Mindeststeuer besiegelt, wodurch global erstmals Mindeststandards für die Konzernbesteuerung geschaffen werden. Die neoliberalen Dogmen von Privatisierung, Deregulierung, Liberalisierung scheinen den Maximen von politischer Planung, Industriepolitik und regionaler Kooperation zu weichen. Angesichts der riesigen, dringlichen Herausforderungen, die sich der Politik flächendeckend und gleichzeitig stellen, bleibt den Verantwortungstragenden auch kaum eine andere Wahl als beherzt zu handeln, anstatt die Hoffnung in Marktlösungen zu setzen. Alles andere wäre politischer Selbstmord.

Und: Die neue Art der Wirtschaftspolitik funktioniert. Zwar sind die gefundenen Lösungen nicht perfekt und angesichts der grossen Krisen oft zu zaghaft und zu spät. Aber dennoch ist anzuerkennen, dass die Wirtschaft dank massiver öffentlicher Investitionen einiger-massen unbeschadet durch die Pan-

demie gekommen ist, dass der Stromverbrauch in Europa nach Ausbruch des Krieges massiv reduziert und eine Stromknappheit dadurch wohl verhindert werden konnte oder dass die Staatengemeinschaft sich in seltener Einigkeit gegen Russlands illegalen Krieg gestellt hat.

Die Art, in der 2022 von den meisten Demokratien Wirtschafts- und Aussenpolitik gemacht wurde, ist also tatsächlich neuartig und könnte eine neue Praxis begründen. Die Politik ist handlungsfähig, wenn sie muss. Und das heisst: Sie ist auch handlungsfähig, wenn sie will. «Die Rückkehr der Politik», nennt es die «Republik»-Journalistin Olivia Kühni.

Was bedeutet das für die Schweiz? Zwar ist diese Tendenz auch an unserem Land nicht gänzlich vorbeigegangen: Milliarden von Franken an Corona-Hilfsgeldern oder im Rahmen des Gegenvorschlags zur Gletscherinitiative für öffentliche Investitionen in den Heizungersatz und den Ausbau der erneuerbaren Energien wurden beschlossen. Dennoch dürfte die Rück-

kehr der Politik die Schweiz, die die Absenz eben dieser durch ihr Offshore-Modell, ihre aussenpolitische Passivität und einen extrem liberalen Arbeitsmarkt in den letzten Jahrzehnten perfektioniert hat, vor besondere Herausforderungen stellen. Wenn die EU beim Klimaschutz mit einer eigenständigen Industriepolitik, in der Aussen- und Sicherheitspolitik sowie in der Sozialpolitik stärker zusammenrückt, dürfte ein Abseitsstehen der Schweiz noch mehr zum Problem werden. Und wenn Wertschöpfungsketten sich regionalisieren und wichtige wirtschaftliche Entscheidungen in regionalen politischen Gremien gefällt werden, ist die Schweiz nicht vorbereitet. Lösungen für diese Veränderungen durchzusetzen und unser Land fit für die Zukunft zu machen, wird eine vordringliche Aufgabe

der SP sein. Denn die Antworten für den Modellwechsel, wie ihn Lenglet nennt, sind Teil der sozialdemokratischen DNA.

In der Schweiz der Zukunft muss die Grundversorgung in öffentlicher Hand sein, damit sie der ganzen Bevölkerung, unabhängig von Einkommen, Geschlecht oder Herkunft zur Verfügung steht. Insbesondere in den Bereichen ausserfamiliärer Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung und erneuerbarer Stromproduktion sind wir massiv im Rückstand. Die Schweiz muss es anderen gleichtun und über massive öffentliche Investitionen eine Industriepolitik betreiben, die die Versorgungssicherheit stärkt und gute Arbeitsplätze in der Schweiz schafft. Sie muss in die Stärken unseres Landes investieren, in Bildung, Innovation, eine hohe Le-

bensqualität und die zentrale Lage, anstatt ihre Hoffnung in einen trägen Markt zu setzen. Dafür muss sie näher an die EU heranrücken und sich an gemeinsamen Lösungen für unseren Kontinent beteiligen. Eine zukunftsfähige Wirtschaft muss sich an solidarischen, ökologischen und demokratischen Massstäben orientieren. Um Menschenleben, Lebensqualität und Wohlstand in Zukunft besser zu schützen, braucht es eine dauerhafte Stärkung der Werte, die aktuelle Konjunktur haben: Solidarität, kollektives Handeln und Kooperation. Ich befürchte: Auch 2023 wird sehr viel passieren und sich vieles ändern. Es ist an uns, diese Veränderungen positiv zu gestalten. Es guäts Nois!

Fabian Molina, Nationalrat

Stromproduktion lokal: 👍 oder 👎?

Stromsparen ist angesagt, wir wissen es mittlerweile alle. Stromproduzieren ist fast ebenso gut. In der Schweiz ist dies lange verschlafen worden, jetzt sind Staat und Private daran, Verpasstes nachzuholen. Die Stadt Illnau-Effretikon ist dabei nach eigenen Aussagen auf gutem Wege; auch Lindau treibt die Erstellung von Photovoltaik-Anlagen mit innovativen Mitteln voran. So ganz zufrieden zu sein, wäre aber trotzdem falsch.



Grüner Strom für grüne Produktion – das neue Pyrolysewerk der ZürichHolz AG in Illnau

Am 28. November 2022 veröffentlichte unsere Stadt die folgende frohe Botschaft: «Gegenüber dem Rest des Kantons Zürich erweist sich der Wert an realisierten Photovoltaik-Flächen pro Einwohnenden (2.4 m²) als fast dop-

pelt so hoch. Gesamthaft wurden bislang 42'840 m² an Photovoltaik-Panels verbaut – ein grosser Teil davon alleine in diesem Jahr. Das entspricht einer Fläche von sechs Fussballfeldern.»

Die Gründe für diese respektable Leistung sieht die Stadt wohl mit Recht in ihrer langjährigen Förderung der Solarenergie, die schon unter SP-Stadtpräsident Rodolfo Keller in den 80er-Jahren einsetzte. Bereits 1989 wurde in Illnau-Effretikon von einigen Idealisten auch eine Solargenossenschaft gegründet (GSIE), die bis heute besteht und die, unterstützt von der Stadt, mit privaten Mitteln drei grössere PV-Anlagen erstellte und bis heute betreibt. Da jedoch nun nicht nur die Anlagen, sondern auch die Genossenschafter*innen in die Jahre gekommen sind, will sie keine eigenen Projekte mehr anpacken. Sie hat aber noch ein Kapital von 50'000 Franken, das sie gerne für die Förderung oder Erstellung von Photovoltaik zur Verfügung stellen würde.

Im Nachhinein ist klar, dass die Stadt in den vergangenen Jahren noch mehr hätte machen können. Mit über siebzig Liegenschaften, die in ihrem Besitz

sind, ergibt sich ein grosses Potential für Photovoltaik, was vor allem die Grünliberalen mit einem Vorstoss 2020 moniert hatten. Die wirtschaftlichen Argumente dagegen können heute weitgehend entkräftet werden, da die Einspeisevergütung der EKZ sich inzwischen von rund 7 auf 12 Rappen/kWh erhöht hat und die Strompreise in Illnau-Effretikon bekanntlich um rund 20 Prozent steigen.

Gemäss Alex Herzog, dem Energiebeauftragten der Stadt Illnau-Effretikon, hat die Stadt in den letzten zwei Jahren PV-Anlagen beim Restaurant Rössli, der Schiessanlage Luckhausen und der Schulanlage Eselriet umgesetzt und vier ausgewählte Projekte für die Erstellung oder Erweiterung von Anlagen (Kindergärten Rosswinkel und Chelleracher, Schulraumerweiterung Eselriet und das geplante Feuerwehr- und Werkgebäude) in der Finanzplanung berücksichtigt. Auf Dächern, die in den nächsten 5–10 Jahren saniert werden müssen, ist heute der Bau einer PV-Anlage natürlich nicht zweckmässig. Die Vorsteherin Hochbau erklärte an der letzten Parlamentssitzung treuherzig, dass wir gemeinsam auf einem guten Weg sind und keine neuen Vorstösse nötig wären.

Alles paletti?

Diese Bemerkung war vor allem an die Fraktionspräsidentin der SP Annina Annaheim gerichtet. Sie musste an der letzten Parlamentssitzung zur Kenntnis nehmen, dass weder Stadtrat noch Parlament bereit sind, in dieser Sache neue Wege zu beschreiten. Die Idee, die sie vom Stadtrat geprüft haben wollte: «Die Stadt stellt den Einwohn-

nenden von Illnau-Effretikon ihre Dächer für Photovoltaik zur Verfügung. Diese kaufen einzelne Panels und können so aktiv zu einer nachhaltigen Energiepolitik beitragen.»

Das Hauptargument der Gegner: Die öffentliche Hand soll ihre Rolle bei der Förderung von PV-Anlagen nicht verstärken (weniger oder auf jeden Fall nicht zu viel Staat!); der «Markt» richte das schon.

Alex Herzog bestätigt denn auch, dass das Interesse der Privaten in diesem Jahr ausserordentlich stark zugenommen habe. «Die Photovoltaik ist so richtig in Mode gekommen», findet er und bedauert, dass andere Wege zum besseren Haushalten mit Energie, beispielsweise die Sanierung durch Isolation der Gebäudehülle, weniger Beachtung finden. Gegenüber Sanierungen hat eine Solaranlage den Vorteil, dass deutlich weniger investiert werden muss und dass sie sich relativ rasch amortisieren lässt.

Die Idee des SP-Postulats war darauf ausgerichtet, dass auch Mieter*innen sich sinnvoll und konkret in die gesellschaftlich gut abgestützte Solaroffensive einbringen können. Auch der Energiebeauftragte hält dies für wünschbar und weist darauf hin, dass es gerade in Eigentums-Miet-Verhältnissen noch bessere Abrechnungsmodelle bräuchte. Durch spürbare Reduktionen des Strompreises könnten auch Mietende ermuntert werden, aktiv zu werden.

Was politisch weiterhin Not tut

Die Engpässe bei der Solarindustrie und den Montagebetrieben werden

noch eine Weile bleiben. Politisch könnte, auf verschiedenen Ebenen, trotzdem einiges getan werden:

- Der Druck auf die EKZ, sich gegenüber Investitionswilligen entgegenkommend zu verhalten und die Einspeisevergütung weiter anzupassen, muss auch von der Politik verstärkt werden.
- Die administrativen Unterstützungsmodelle für Vermietende sollten vereinfacht und ausgebaut werden. Sie müssen dringend auch den Mietenden ausreichende Vorteile einbringen, damit diese in dieser Sache mobilisiert werden.
- Die Erstellung von Photovoltaik-Anlagen auf Einfamilienhäusern ist gut. Wirtschaftlicher und vernünftiger wäre es, in gemeinsamer Anstrengung besonders geeignete und möglichst grosse Flächen auszuwählen und diese mit Photovoltaik zu bestücken. Die Solargenossenschaft hat diesen Weg in den 80er-Jahren vorgezeigt. Solargemeinschaften sind zu fördern.

Annina Annaheims Vorstoss hätte bezüglich der letzten beiden Punkte Fortschritte bringen können. Theoretisch besteht ihren Aussagen nach noch ein «Dachpotential» von über 90 %. Ein blosses Weiter-so in einer Situation, wo wir um den gewaltigen Strombedarf der nächsten Jahre wissen, genügt nicht.

Genau so wenig wie Rosmarie Quadrantis «wohlwollende Ablehnung des Postulats».

Ueli Annen

Die Situation in Lindau

Lindau hat ein eigenes Elektrizitätswerk und kann dadurch bezüglich Abrechnungsmodellen deutlich flexibler sein als das EKZ.

Interessierte können sich in Lindau, auch ohne eigenes Dach, durch den Kauf von PV-Modulen bis zu 15 m² an einer Anlage beteiligen. Das EW Lindau reduziert die Stromrechnung rechnerisch um 100 kWh / Quadratmeter gekaufte PV-Fläche. Man verbraucht so natürlich nicht den selbstproduzierten Strom, trotzdem kann der Zubau von PV-Anlagen gefördert werden und sogenannte Solargemeinschaften werden ermöglicht.

Photovoltaik auf meinem Dach – wie gehe ich vor?

- Es gilt, von einem Solarteur Unterlagen erstellen zu lassen. Der Energieberater der Stadt ist gerne bereit, bei unterschiedlichen Angeboten beratend zur Seite zu stehen.
- Das EKZ macht Kurzberatungen bezüglich PV-Anlagen.
- Auf sonnendach.ch kann man herausfinden, wie gut das Dach dafür geeignet ist. Es lässt sich errechnen, wie viel Strom auf dem Dach erzeugt werden kann. (1 kWp Leistung bei kleinen Anlagen entspricht ca. 2500–3000 Franken Erstellungskosten).
- Auf pronovo.ch erhält man Angaben zur Einmalvergütung.



Nachgefragt... bei Reha Özkarakas



Spr: Du bist neu für die SP in der Schulpflege. Welches Anliegen bringst du dort vor allem ein?

Reha Özkarakas: Das Ressort Digitalisierung/ICT wurde auf die aktuelle Amtsperiode hin neu geschaffen. Als

Ressortleiter ist es mir wichtig, dass die Schule zeitgemäss unterwegs ist. Die Schülerschaft soll altersgerecht im digitalen Lernen unterstützt werden. Die Lehrpersonen und die Schulverwaltung sollen durch die Digitalisierung entlastet, aber auch effizienter werden.

Spr: Seit einiger Zeit bist du auch im Vorstand der SP Pfäffikon, die auch schwierige Zeiten hinter sich hat. Wie geht es euch jetzt?

Reha Özkarakas: Die Behördenwahl 2022 war sehr professionell vorbereitet, was sich auch in den Wahlergebnissen widerspiegelte. Es geht uns aktuell gut und wir sind bemüht, neue Mitglieder zu gewinnen, um die SP in Pfäffikon weiter vorwärts zu bringen.

Spr: Was braucht es deiner Meinung nach, damit die SP das Mega-Wahljahr 23 erfolgreich besteht?

Reha Özkarakas: Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf. Menschen, die noch nie gewählt haben, seien es Eingebürgerte mit Migrationshintergrund oder Stimmberechtigte, die sich nie für das politische Geschehen interessiert haben, solche potentiellen Wähler muss die SP mobilisieren. Dabei soll sie bei der sozialpolitischen Themenwahl weitsichtig denken, um Wählende aus dem ganzen Spektrum abzuholen und so vernünftigen Stimmen mehr Raum zu geben.



agenda

impressum

Redaktion Ueli Annen
Barbara Braun

Layout David Gavin

Druck Sprecher Druck,
Volketswil

Redaktionsadresse

sprachrohr c/o Ueli Annen
Oberdorfstrasse 13, 8308 Illnau
Telefon 052 346 11 93
Email: uannen@hispeed.ch

Redaktionsschluss sprachrohr 2/23:
15. Mai 2022

Mi. 18. Jan	19.30 Uhr	Tösstaler Podium Regierungsratswahl, Rest. Tanne, Bauma
Mo. 23. Jan	19.30 Uhr	Fraktionssitzung, Stadthaus, Sitzungszimmer Stadtrat
Do. 2. Feb	19.15 Uhr	Sitzung Stadtparlament
Sa. 4. Feb	10.00 Uhr	Stamm, Café Alhambra, Effretikon
So. 12. Feb		Wahlsonntag
So. 12. Feb	16.00 Uhr	Wahlfeier, Restaurant Villa Barone, Märtplatz, Effretikon
Mo. 27. Feb	19.00 Uhr	Sektionsversammlung, Pavillon Watt, Effretikon
Sa. 4. März	10.00 Uhr	Stamm, Café Alhambra, Effretikon
Mo. 13. März	19.30 Uhr	Fraktionssitzung, Stadthaus, Sitzungszimmer Stadtrat
Do. 23. März	19.15 Uhr	Sitzung Stadtparlament
Sa. 1. April	10.00 Uhr	Stamm, Café Alhambra, Effretikon
Mo. 11. April	19.30 Uhr	Fraktionssitzung, Stadthaus, Sitzungszimmer Stadtrat
Fr. 14. April	18.30 Uhr	GV, Hotzehuus, Illnau
Do. 20. April	19.15 Uhr	Sitzung Stadtparlament
Sa. 6. Mai	10.00 Uhr	Stamm, Café Alhambra, Effretikon
Mo. 15. Mai	19.30 Uhr	Fraktionssitzung, Stadthaus, Sitzungszimmer Stadtrat
Mo. 22. Mai	19.00 Uhr	Anlass mit Cedric Wermuth, Kyburg